

Demokratie für Alle Ein Anfang, eine Ermutigung, eine Ernüchterung

DIE LINKE. im Bundestag brachte in der Woche vom 6. - 10. Juni 2016 ausschließlich parlamentarische Initiativen ein, die sich mit dem Thema Demokratie für Alle befassen. Den Auftakt der Woche machte eine Konferenz am 6. Juni, auf der Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Vereinen und Initiativen, die sich für mehr direkte Demokratie stark machen, Journalist*innen und interessierte Bürger*innen, zu der der zuständige Arbeitskreis und Halina Wawzyniak eingeladen hatten. Diskutiert wurde über die von der Fraktion DIE LINKE vorgelegten Gesetzentwürfe und Anträge und darüber, wie das Projekt „Demokratie für Alle“ weiterentwickelt und fortgeschrieben werden kann.

Im Plenum wurden diskutiert und zum Teil abgestimmt:

- Gesetzentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung,
- Antrag für ein verpflichtendes Lobbyistenregister,
- Antrag, dass künftig alle Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen,
- Vorschlag für ein Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz,
- Gesetzentwurf „Jedermanns Grundrechte“,
- Gesetzentwurf zur Einführung eines Wahlrechts für alle Einwohner*innen (Ausländerwahlrecht).

Der Gesetzentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung wurde vom Bundestag abgelehnt. Dafür gestimmt hatte lediglich DIE LINKE, Union und SPD stimmten dagegen, Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Der Antrag für ein verpflichtendes Lobbyistenregister wurde ebenso von der großen Koalition abgelehnt. Zugestimmt hatten LINKE und Grüne. Gleiches gilt für den gemeinsam von LINKE und Grünen eingebrachten Antrag, dass die ständigen Ausschüsse des Bundestages künftig prinzipiell öffentlich tagen sollen.

Die Gesetzentwürfe zu „Jedermanns Grundrechten“ und zur Einführung eines Wahlrechts für alle Einwohner*innen (Ausländerwahlrecht) sowie der Antrag für ein Informations- und Transparenzgesetz wurden in die zuständigen Ausschüsse überwiesen und werden dort weiter diskutiert.



In gewisser Weise dokumentierte die Woche, woran die repräsentative Demokratie gegenwärtig krankt: Ohne hinzuschauen und hinzuhören hätte man bereits vorher sagen können, wie all die Abstimmungen ausgehen. Erstarrte Rituale, unverrückbare Mehrheiten, Fraktionszwang (auch wenn es den offiziell gar nicht gibt) und alte Reflexe, wenn DIE LINKE Anträge einbringt, Zuschauer*innendemokratie für diejenigen, die vor den Fernsehern, auf den Besuchertribünen saßen. Die interessierte Bürgerin und der interessierte Bürger werden auch künftig nicht die Möglichkeit haben, im Rahmen von Volksabstimmungen die Gesellschaft mitzugestalten. Sie werden weiterhin nur aus den Medien erfahren, was in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages verhandelt und diskutiert wird, sie werden nicht genau wissen, welche Lobbyisten an welchen Gesetzentwürfen fleißig mitgeschrieben haben. Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben und die Gesellschaft mitgestalten wollen, auch wenn sie nicht über die deutsche Staatsbürger*innenschaft verfügen, werden auch künftig nicht auf Landes- und Bundesebene wählen dürfen. Das Grundgesetz wird weiterhin in wichtigen Punkten Rechte nur für Deutsche einräumen, anstatt sie all jenen zu gewähren, die in diesem Land leben, hier Steuern zahlen und ihren Pflichten nachkommen.

Das alles war vorher schon klar und trotzdem war es wichtig, all diese Themen erneut im

Bundestag zur Verhandlung zu stellen. Ebenso wichtig wird sein, das Projekt „Demokratie für alle“ nicht zu begraben, auch wenn es in der vergangenen Woche erst mal mit viel Polemik und großen Worten erneut unter den Teppich gekehrt wurde. Aber damit ist es nicht vom Tisch, auch wenn das viele hoffen und glauben mögen.

Was wurden nicht alles für Argumente gezogen, um zu erklären, dass die Bürgerin und der Bürger überfordert wären mit zu viel Entscheidungs- und Mitbestimmungsbefugnissen. Ganz gewiss bescherzte uns - so die Koalition - die Bevölkerung Abstimmungen, mit deren Ergebnis hier niemand würde leben wollen. Sicher würden die Bürgerin und der Bürger die doch gut funktionierende parla-

mentarische Demokratie lahmlegen mit all ihren Begehren und Entscheiden. Ganz bestimmt blicken sie alle nicht so gut durch wie jene, die in den Parlamenten sitzen und seien deshalb gar nicht in der Lage, sachgerecht und zum Wohle des Landes über dieses und jenes zu verhandeln. Und auf jeden Fall will DIE LINKE sich nur wichtigmachen mit ihren Vorschlägen zur Erweiterung demokratischer Befugnisse und Mitbestimmungsrechte.

Wer die Demokratie nicht fortschreibt, wer nicht bereit ist, Befugnisse, Rechte und Möglichkeiten an alle hier lebenden Menschen zu geben, anstatt sie einzig und allein den Parlamenten zu überantworten, trägt dazu bei, dass sich die Gesellschaft in die falsche, in eine undemokratische Richtung entwickelt.

Also heißt es, weitermachen. Demokratie für Alle ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sich die Gesellschaft zum Besseren entwickelt. Sie hat es nötig, denn andere, die mit der Demokratie gleich gar nichts am Hut haben, arbeiten fleißig daran, die Gesellschaft zu einer geschlossenen Veranstaltung zu entwickeln.

*Halina Wawzyniak,
netzpolitische und rechtspolitische
Sprecherin der Bundestagsfraktion*

Wenn Politik zu spät kommt, werden die Menschen bestraft - Reisebericht aus Kurdistan

Als ich diesen Beitrag versprach, war ich voller Eindrücke und Meinungen gerade aus dem Irak zurück. Heute, da ich ihn schreibe, brennen die Bilder des letzten Wochenendes aus Bagdad in meinem Kopf (Anm. der Redaktion: Der Text wurde bereits im April geschrieben, konnte aber erst jetzt in er DLZ veröffentlicht werden). Sadr-Milizen und -Demonstranten haben das Parlament besetzt, obwohl es in einer Hochsicherheitszone der Hauptstadt liegt, in die ich selbst vor sieben Jahren nur mit Mühe hereinkam, obwohl ich angemeldet war. Doch die Kontrolle meiner Kamera hielt mich bei den Kontrollen fast eine Stunde auf, und am Himmel flogen US-amerikanische Kampffluger und Hubschrauber, irgendwo waren Schüsse und Explosionen zu hören. Doch die aktuelle Situation in Bagdad bewegt mich weit mehr und hat, wie ich erst jetzt begreife, eigentlich mit meiner Reise in den Irak 2016 zu tun. Die unterschiedlichsten Machtkämpfe in Bagdad bestehen schon seit der amerikanischen Intervention, aber sie spitzen sich gefährlich zu, zumal sie auch Ausdruck und Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und Saudi Arabien sind. Der kurdische Präsident Barzani droht erneut mit der Unabhängigkeit Kurdistans. Spätestens dann würde die ganze Region endgültig explodieren, denn sowohl die Türkei als auch der Iran haben dafür mit Einmarsch gedroht, und so schwach, zerrissen und unfähig die Regierung in Bagdad ist, würde sie nicht weniger radikal reagieren.

Insider wissen, dass Barzani diesen Schritt nicht machen wird, sondern mit dem alten und heftigen Traum der Kurden auf einen eigenen Staat spielt, um seine persönliche Macht zu verteidigen und den Westen dazu zu bringen, den Bruch der kurdischen Verfassung, die Missachtung des Parlaments und von Demokratie zu dulden. Barzani hätte nach acht Jahren im Amt das Präsidentenamt räumen müssen. Die Verlängerung seines Mandats um zwei Jahre ist ebenfalls schon im August 2015 abgelaufen. Auch wenn in Kurdistan, weit mehr als im ganzen Irak, im vergangenen Jahrzehnt große rechtliche, demokratische oder wirtschaftliche Fortschritte erreicht worden sind, wem die Bedeutung von kurdischen Stämmen sowie die kulturellen und geschichtlichen Bedingungen bewusst sind, weiß, wie begrenzt und instabil sie immer noch sind. Man erinnere sich nur daran, dass die Peshmergas von Barzani Kurdischer Demokratischer Partei (KDP) und Dschalal Talabani Patriotischer Union Kurdistans (PUK) von 1994 bis 1997 gegeneinander Krieg um die Vorherrschaft in Kurdistan geführt hatten, wo sich Barzani mit Saddam Hussein, Talibani sich mit dem Iran verbündete, auch die Türkei 1997 militärisch eingriff. Erst im September 1998 unterzeichneten Barzani und Talabani ein Friedensabkommen.

Irakisch Kurdistan heute gilt als einzige eini-



Foto: A. Brie, Jessidische Kinder im Flüchtlingslager in Sharia

germaßen stabile Region im Nahen und Mittleren Osten. Wenn man in diesem Frühjahr durch das Land fährt, findet man nicht nur überall die in den vergangenen acht Jahren entstandenen neuen Straßen und Autobahnen, in den Städten moderne Hochhäuser für Banken, Hotels und Unternehmen oder viele neue Villen, die einem oberflächlichen Besucher den Anschein von Wohlfahrt und Fortschritt geben könnten. Doch mich beschäftigte die politische Situation Kurdistans, zumal ich sehr wohl weiß, welche sozialen und wirtschaftlichen Probleme hinter der Fassade existieren und sich vielfach zuspitzen. Einen sehr kleinen, aber charakteristischen Einblick erhielt ich, als ich das Museum besuchen wollte, das in einem der grauenvollsten Gefängnisse von Saddam Hussein eingerichtet worden ist. Makaber war es von der DDR gebaut worden. Doch es war geschlossen worden, denn vor den Toren demonstrierten ehemalige Gefangene und Opfer, die seit sieben Monaten kein Geld von der Regierung mehr erhalten. Ärzte in den Flüchtlingslagern nahe Dohuk berichteten mir auch, dass ihre Gehälter seit Monaten dramatisch gekürzt wurden. Der Krieg, der gefallene Ölpreis und nicht zuletzt die grassierende Korruption haben eine finanzielle Krise ausgelöst.

Die Peshmergas sind praktisch die einzigen Streitkräfte, die am Boden wirksam dem selbsternannten Islamischen Staat Einhalt bieten, Jessiden, Christen und Kurden schützen. Viele zehntausende Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien wurden inzwischen aufgenommen. Das waren auch Gründe, warum deutsche Waffen geliefert wurden, und die Bundeswehr die Peshmergas im Kurdistan ausbildet. Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, ob es richtig ist. Die Meinungen sind angesichts der Bereitschaft der IS zum Genozid auch in der LINKEN unterschiedlich, denn neben der gemeinsamen Haltung, Völkermord und Terrorismus zu verhindern, sind die Perspektiven nicht klar. Die modernen Waffen der IS, waren einmal von den USA an die Bagdader Armee geliefert worden, und so stabil, wie es oft scheint, ist auch Kurdistan nicht, zumal auch dort Korruption zum verbreiteten Alltag gehört.

Bevor ich zur aktuellen Situation komme, die mich nach Sulamaniya und Dohuk getrieben hatte, möchte ich daher erwähnen, dass vor einem Jahr die Jessiden in Mossul die Peshmergas der KDP um Waffen zu ihrem eigenen Schutz baten, als der Angriff der IS auf die Stadt unmittelbar bevorstand. Das wurde abgelehnt. Am Abend aber brachten sich die KDP-Peshmergas selbst kampfflos in Sicherheit und überließen die drittstärkste irakische Stadt der IS und ihrem Mord und anderen furchtbaren Verbrechen an den Jessiden.

Vor einem halben Jahr war ich gebeten worden, mich für den Präsidenten des kurdischen Parlaments, Dr. Yussuf, einzusetzen und ihm Kontakte in Brüssel und Berlin zu organisieren, damit er Möglichkeiten erhielt, über die inzwischen eingetretene Situation authentisch und persönlich zu informieren. Barzani, der sein Amt behielt, hatte stattdessen dem Parlamentspräsidenten den Zugang zur Hauptstadt Erbil, das Parlament entmachtet, vier Minister, darunter den Peshmerga- und den Finanzminister, die ebenfalls den Verfassungsbruch kritisierten, entlassen. Bei Protesten in Sulamaniya vor dem KDP-Büro kam es zu Toten, und das Gebäude wurde dann von Demonstranten ausgebrannt.

Dr. Yussuf von der Goran-Partei, die sich von der PUK abgespalten hatte, sprach bei unserem Treffen von Putsch und Diktatur. Wir waren uns einig, dass angesichts der dramatischen Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten, im Irak und in Kurdistan selbst, demokratische Lösungen, die Achtung von Verfassung und Recht unerlässlich sind. So schwierig die Situation sicherlich für den „Westen“, auch die Bundesregierung, ist, wenn sie sich äußerten und engagierten – Schweigen, Neutralität und Gleichgültigkeit wären gerade deshalb nicht nur nicht akzeptabel, sondern nach meiner Überzeugung gefährlich. Wenn man so sehr auf die Peshmergas und Kurdistan setzt, dann muss es Demokratie, parlamentarische und Verfassungsrechte einschließen. Da die Peshmergas inzwischen auch die Erdölstadt Kirkuk gegen den IS und die Unfähigkeit der irakischen Armee und Regierung besetzt haben und schützen, müsste verantwortliche Politik endlich handeln. Nach irakischer Verfassung hätte in Kirkuk bereits 2007 eine Volksabstimmung über den Status dieser strategischen Provinz stattfinden müssen, Anschluss an Kurdistan oder Verbleiben im arabischen Teil des Irak. Verhindert wurde sie – ebenfalls verfassungswidrig – durch die arabischen Parteien. Wer einen weiteren gefährlichen Konflikt verhindern will, wird es nur heute können. Auch deshalb sollte die Bundesregierung den Dialog mit allen Parteien und Verantwortlichen in Kurdistan aktiv suchen.

#Linker Landtagsticker

Politische Unterstützung nicht erwünscht

Auch das gibt's: Dem Achslagerwerk in Staßfurt drohte die Insolvenz. Ungefähr 500 Arbeitsplätze waren in Gefahr. Gute Arbeit und gute Löhne ist eines unserer besonderen Anliegen. Hat sich doch gerade unser wirtschaftspolitischer Sprecher Andreas Höppner im Landtag wie auch vor Ort gemeinsam mit dem Betriebsrat von FRICOPAN gegen die Schließung des Werks in Immekath gestemmt. Noch nicht erfolgreich für die Beschäftigten. Aber erfolgreich, was die öffentliche Kritik an einer Fördermittelpolitik betrifft, mit deren Hilfe große Unternehmen Markt- und Standortbereinigung betreiben. Dagegen Protest zu organisieren, ist unser politischer Auftrag. So sahen das auch die Beschäftigten vor Ort.

Anders als in Staßfurt. Der mehrmalige Versuch, mit dem dortigen Betriebsrat und der IG Metall gemeinsame Sache zu machen, um die Insolvenz abzuwenden oder aber eine Alternative zu finden, schlug fehl. Der Betriebsrat höchst selbst hat uns eingeladen und eine wie auch immer geartete Unterstützung ausdrücklich abgelehnt. Auch das gibt's also. Aber wir wären nicht wir, wenn wir nicht dennoch alsbald nochmal das Gespräch suchen würden. So schnell machen wir uns freilich nicht vom Acker!

Regierungsparteien verstellen Lösungsweg im Beitragsstreit

Die Erhebung von Beiträgen für Anschlüsse der Wasserver- und Abwasserentsorgung wird seit Monaten von heftigem Streit und unzähligen Sorgen betroffener Bürger*innen begleitet. Eine faire und rechtssichere Erhebung von Kommunalabgaben erscheint vielerorts nicht möglich, daneben stecken zahlreiche Zweckverbände in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten.

Wer nach dem Lesen des Koalitionsvertrages noch hoffte, dass CDU, SPD und Grüne diese Beitragserhebungspraxis in Sachsen-Anhalt stoppen werden, sieht sich nach den Landtagssitzungen im Juni getäuscht. Zentrales Problem ist die Ende 2014 von CDU und SPD im Kommunalabgabengesetz (KAG LSA) durchgesetzte Übergangsvorschrift. Sie bestimmt in § 18 Absatz 2, dass die zeitgleich beschlossene zehnjährige Verjährungsregelung bis zum 31. Dezember 2015 außer Kraft gesetzt wird.

Mit der Übergangsvorschrift wurde einem unbeschränkten Abkassieren auf der Grundlage kurzfristig erlassener Satzungen und ohne Rücksicht auf eine Verjährung der Weg geebnet. Sie löste bis Ende 2015 eine Welle von rund 85.000 Beitragsbescheiden mit einem verjährungsbedrohten Beitragsvolumen von insgesamt

Ungerechtes Abi in Sachsen-Anhalt

Das Urteil eines ehemaligen Schülers des Gymnasiums in Bernburg ging durch die Medien. Wegen einer einmaligen Fehlleistung in einer mündlichen Prüfung fiel er durch die Abi-Prüfung. Nun kann man über Sinn und Zweck von Prüfungen und Zensuren lange streiten. Eines aber kann nicht wirklich sein: Eine 20minütige Fehlleistung darf nach 8 Jahren erfolgreichen Lernens am Gymnasium nicht allein darüber entscheiden, ob jemand studierfähig ist oder nicht. Das sah auch das Gericht so. Die Oberstufenverordnung des Landes wurde bereits ein zweites Mal gerichtlich angezählt. Das Gespräch mit dem Vater des Jungen hier im Wahlkreisbüro förderte noch mehr Ungereimtheiten zu Tage. Was in Niedersachsen möglich war, neben dem schulischen Teil ein selbstgewähltes Praktikum bei der Polizei als Teil des Fachhochschulzugangs anzuerkennen, war in Sachsen-Anhalt nicht möglich. Jungen Leuten, die motiviert sind, Leistung zu bringen, aus Fehlern zu lernen, werden eher Steine in den Weg gelegt. Unsere Verwaltung versteht sich offenbar eher als Verhinderungsbehörde. So bieten wir jungen Leuten in unserem Land jedenfalls keine Alternative. Im Landtag werden wir uns dafür stark machen, die Oberstufenverordnung zu verändern. Es muss gerecht zu gehen. Jeder verdient eine 2.

Chance!

Bürokratie belastet Schulsozialarbeit

An vielen Schulen in Sachsen-Anhalt finanziert das Land Sachsen-Anhalt SchulsozialarbeiterInnen. Sie arbeiten nicht nur mit „Problemkindern“, sondern sie fördern ein anderes Lernklima an der Schule, das allen SchülerInnen zugute kommt. Statt des „Nürnberger Trichters“ geht's um vielfältiges Lernen mit Praxiserfahrungen. Die soziale Lage von SchülerInnen entscheidet über den Lernerfolg. Das alles muss man im Blick haben, um Schulerfolg zu sichern. Mit der neuen Richtlinie „Schulerfolg sichern!“ wird die Arbeit nun einer bürokratischen Belastungsprobe unterzogen. Ab sofort müssen sich alle Träger der Projekte um umfangreiche Statistiken kümmern. Dabei sollen sehr sensible Daten über die soziale Lebenssituation von SchülerInnen erfasst werden. Das stigmatisiert und es ist ein kaum zu bewältigender, geschweige sinnvoller Aufwand. Ein kleiner Erfolg aus der Sitzung des Bildungsausschusses im Landtag: Die Daten sollen beschränkt bleiben auf allgemeine Angaben. Die Datenerfassung hat Zeit bis zum Schuljahresanfang. Geprüft werden weitere Erleichterungen. Vermutlich ein kleiner Schritt, wichtig aber für viele KollegInnen an den Schulen – auch hier in Bernburg.

MdL Birke Bull,
stellv. Fraktionsvorsitzende

rund 123,5 Millionen Euro aus. In Folge eskalierte die Situation. Neben massenhaften Widersprüchen sind zahlreiche Mahnverfahren anhängig, weil nicht jedem, der Widerspruch eingelegt hat bewusst, war, dass er trotz Widerspruch zur Zahlung verpflichtet ist. In Folge wurden zahlreiche Konten gepfändet, Eigentum mit Hypotheken belegt und Inkasso-Unternehmen auf Bürger*innen gehetzt.

Als erste reagierte die Fraktion DIE LINKE. Anfang März 2016 beantragten ihre Abgeordneten ein Normenkontrollverfahren beim Landesverfassungsgericht (LVG 1/16), um verfassungsrechtlich die Übergangsvorschrift prüfen zu lassen. In einem zweiten Schritt brachte sie vor allen anderen Fraktionen einen Gesetzentwurf (Drs. 7/40) ein. Sein Ziel war es, die Kommunen zu einem echten Moratorium bis zum Urteil des Landesverfassungsgerichtes zu verpflichten. Dafür sollte das Land etwaige Kosten erstatten. In einem Änderungsantrag (Drs. 6/93) setzte sich die Fraktion DIE LINKE ergänzend dafür ein, dass zugleich die zu verzinsenden kommunalabgabenrechtlichen Ansprüche von derzeit 6% auf 2% über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB (zurzeit: - 0,83) sinken. Lediglich die Zinssenkung setzten CDU, SPD und Grüne mit ihrer Koalitionsmehr-

heit und ihrem Gesetzentwurf (Drs. 6/70) durch. Alles andere darin kann man mit einem Placebo vergleichen. Es wird kaum Wirkung entfalten, um unnötige Verunsicherungen zu vermeiden und die erforderliche Ruhe zu schaffen, um sachgerechte Entscheidungen vorzubringen. Vergleich und Moratorium sind den Regierungsparteien nur „KANN - Vorschriften“ wert. Das die derzeit mit erheblichen Problemen kämpfenden Zweckverbände sich darauf einlassen werden, muss aus heutiger Sicht bezweifelt werden.

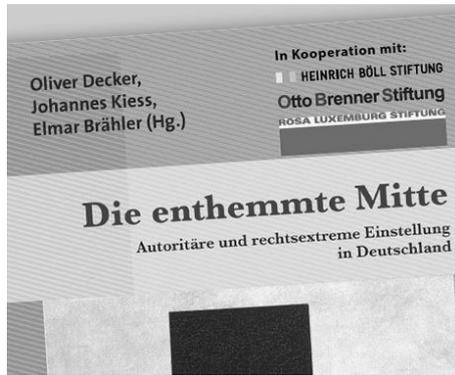
Doch ohne ein echtes Moratorium gibt es keinen Rechtsfrieden. Vielmehr versperrt das derzeitige Handeln der Regierungsparteien notwendige Lösungswege im Streit um die verfassungsrechtlich umstrittenen Beiträge. Dies ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sowohl für die betroffenen Bürger*innen als auch für die Zweckverbände problematisch, weil mit den derzeitigen Konflikten nachhaltige Lösungen für eine zukunftsfähige Wasserver- und Abwasserentsorgung verhindert werden.

MdL Kerstin Eisenreich,
Sprecherin für Energie- und Wohnungspolitik, Verbraucherschutz, Landes- und Stadtentwicklung

»Enthemmte Mitte« – Zur neuen Sichtbarkeit rechter Einstellungen

Zur Mitte Juni von der Universität Leipzig vorgestellten »Mittestudie« erklärt die Landesvorsitzende, Birke Bull: Viele der Befunde sind erschreckend, aber nicht neu. Der Anteil von Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild sinkt sogar. Dennoch ist viel passiert in den letzten zwei Jahren. 2014 konnten die Leipziger Forscher noch von der »stabilisierten Mitte« sprechen. Dagegen titelt die heute veröffentlichte Studie mit der »Enthemmten Mitte«. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen feiern europaweit Siege. Die Mitte der Gesellschaft zeigt sich, so die Autoren, nicht als »Schutzraum der Demokratie, sondern aus ihr kann ein großes antidemokratisches Potenzial erwachsen«.

Die Entwicklung ist primär nicht durch die Zunahme von rechten und rassistischen Einstellungen beschreibbar. Viel mehr muss von Radikalisierung und Offenlegung auf der Handlungsebene Gewalt, Organisierung und Wahlverhalten gesprochen werden. Pegida und die AfD ziehen Menschen mit rechtsextremen Einstellungen an wie ein Magnet. In der AfD finden Rechtsextreme eine neue Heimat. Im Unterschied zur NPD strahlt die AfD



allerdings über das Kernklientel der extremen Rechten hinaus. Die AfD, entstanden aus einem eurokritischen Impuls, ist bis weit in die Mitte wählbar geworden.

Die Abwertung einzelner Gruppen steigt, Muslime, Asylsuchende, Sinti und Roma, Homosexuelle werden als Menschen zweiter Ordnung betrachtet. Die Abwehr gegenüber Flüchtlingen hat das Nationalistische und Chauvinistische normalisiert und sagbar gemacht. Über 20 Prozent stimmen der Aussage zu, »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.« Das sind fünf Prozent mehr als 2014. Rechts sein wird mit neu-

em Selbstbewusstsein vertreten und als historisch befreiter Lösungsansatz inszeniert.

Die Studie gibt auch Hinweise darauf, die Debatte um die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft um die Dimension der Demokratiedefizite zu schärfen. Rund 90 Prozent der AfD-Anhänger verbinden Zeitungen, Radio und Fernsehen mit dem Gedanken an »Lügenpresse«. Und die Ergebnisse beschreiben die Rechtsentwicklung nicht als Trend, sondern als Polarisierung. Das Antidemokratische ist sichtbarer geworden, radikaler, gewaltbereiter und offener. Das Potential, das die AfD abschöpft und anheizt, ist nicht neu entstanden, es war schon immer vorhanden.

Wir alle sind gefragt, in dieser Auseinandersetzung und in der Verteidigung liberaler Werte und einer offenen Gesellschaft. Demokratie muss sich neu bewähren, sowohl als soziales Versprechen als auch in ihrer Überzeugungskraft gegenüber den Schwankenden.

Birke Bull, Landesvorsitzende

Güterbahnhöfe auf Bahn-Streichliste für Mobilitätspreis nominiert

Seit Ende Mai läuft der Wettbewerb zum Deutschen Mobilitätspreis unter dem diesjährigen Motto „Innovationen für eine mobile Gesellschaft“. Bis zum 3. Juli 2016 können deutschlandweit Unternehmen, Vereine oder Forschungsinstitutionen am Wettbewerb teilnehmen. Jan Korte hat als persönlichen Vorschlag die sachsen-anhaltischen Güterbahnhöfe auf der Streichliste der DB-Cargo für den Preis nominiert, stellvertretend für den „Güter- und Personenverkehr auf der Schiene - mit Abstand die erfolgreichste und gleichzeitig klimafreundlichste Innovation für die mobile Gesellschaft der letzten Jahrhunderte“, wie Korte in seinem Brief an die auslobende Gesellschaft „Deutschland – Land der Ideen“ schreibt. Damit wolle er darauf hinweisen, „dass die Förderung von Innovationen zwar gut ist, der Erhalt bestehender Strukturen, die allen Ansprüchen an die Mobilität der Zukunft entsprechen, noch wichtiger ist.“

Auf einer vom SWR am 18. Mai veröffentlichten Liste zur Disposition gestellter Güterbahnhöfe stehen bundesweit 215 Güterbahnhöfe, davon 85 in Ostdeutschland und 13 in Sachsen-Anhalt. Das Vorhaben



Foto: privat, Auch auf der Streichliste: Der Staßfurter Güterbahnhof

der zu 100 Prozent in Bundesbesitz stehenden Deutsche Bahn AG, steht im Widerspruch zu den von der Großen Koalition im Koalitionsvertrag festgehaltenen Ziel, den Verkehrsträger Schiene weiter zu stärken und auszubauen. Der ausgerufenen Wettbewerb läuft in Kooperation mit der Deutschen Bahn AG.

Der Schriftwechsel kann auf www.jankorte.de heruntergeladen werden.

Jeremy Kristic, Mitarbeiter MdB Jan Korte

Aktuelles aus der Arbeit im Kreistag Salzlandkreis

Namensänderung

Die Fraktion im Kreistag Salzlandkreis, die sich aktuell aus 13 MitstreiterInnen, die über die Liste der Partei DIE LINKE und 2 MitstreiterInnen aus Wählerinitiativen zusammensetzt, gibt ihren Namenszusatz auf, so das Ergebnis der Beratungen in Fraktionsvorstand, Fraktionssitzungen und am Rande der letzten Kreistagsitzung. Die Fraktion heißt künftig: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis. Damit ist das politische Profil der Fraktion nun unmissverständlich klargestellt.

Neue Sprechzeiten im Staßfurter Fraktionsbüro

Das Fraktionsbüro in Staßfurt, in de Löderburger Str. 94 in 39418 Staßfurt, welches durch die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis, die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat der Stadt Staßfurt und den Bundestagsabgeordneten Jan Korte in Bürogemeinschaft organisiert ist, hat neue Sprechzeiten. Das Büro ist unter der Telefonnummer: 03925/322381 zu den Sprechzeiten zu erreichen (siehe Seite 8).

Solidarfond der Kreistagsfraktion DIE LINKE. im Salzland schüttet weitere Zuwendungen aus

Über jeweils 300 € aus dem Solidarfond der Fraktion, in den die LINKEN Kreistagsmit-

glieder monatlich eine Einzahlung vornehmen, können sich die Jugendfeuerwehr Atzendorf und das Kinder- und Jugendhilfzentrum „Am Wasserturm“ (KJHZ) in Groß Börnecke freuen. Das KJHZ begeht dieses Jahr sein 20-jähriges Bestehen. Die Fraktion unterstützt die zum Jahrestag geplanten Projekte und Initiativen. Die Atzendorfer Jugendwehr wird gleich 40 Jahre alt und plant ein Treffen mit weiteren Kinder- und Jugendwehren, gemeinsame Wettkämpfe und eine Festveranstaltung. Dafür die finanzielle und solidarische Unterstützung der Fraktion in Sachen Ehrenamt.

Schülerbeförderung und ÖPNV nicht zu-friedenstellen organisiert

Wiederholt diskutierte die Fraktion die Thematik. Es häufen sich immer mehr Beispiele, in denen deutlich wird, dass ÖPNV und Schülerbeförderung nicht situationsgerecht organisiert sind. Die Fraktionsmitstreiter werden die Thematik in den Fachgremien und Ausschüssen erneut thematisieren.

Schließung der Erziehungsberatungsstelle für Christian Jethon und Ralf-P. Schmidt nicht hinnehmbar

Eine Aufklärung zu den rechtlichen und finanziellen Aspekten bzgl. der Handlungsweise des Jugendamtes ohne Beteiligung des Jugendhilfeausschusses forderten die bei-

den Jugendhilfeausschussmitglieder nun schon in den verschiedensten Ausschusssitzungen und schriftlichen Stellungnahmen. Ziel ist es, in Bernburg wieder eine Erziehungsberatungsstelle zu etablieren. Wir bleiben dran!

Sachkundige/r gesucht

Durch die Fraktion DIE LIKE im Kreistag Salzlandkreis kann die Position eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport nachbesetzt werden. Die Fraktion erwartet hierzu sachkundige Vorschläge, die an das Fraktionsbüro zu richten sind.

Schuluntersuchung wieder vor Ort organisieren!

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis verständigten sich darauf, einen aktuell in der Kreistagsdebatte befindlichen Antrag, die Einschulungsuntersuchungen wieder vor Ort in den Kitas und Gemeinden zu organisieren zu unterstützen. Aus Sicht der Fraktion ist es den Eltern und Kindern aus finanziellen und organisatorischen Gründen nicht weiter zumutbar, dass alle hierzu nach Bernburg in das Gesundheitsamt reisen müssen.

Ralf-P. Schmidt, stellv. Fraktionsvorsitzender

Abstimmungsverhalten zum Staßfurter Haushalt 2016 breit gefächert

Die Mitglieder der LINKEN Staßfurter Stadtratsfraktion haben sich in vielfältigster Weise mit dem Haushalt und den Konsolidierungsmaßnahmen beschäftigt. Dazu gehörte auch vor Wochen der Meinungsaustausch mit dem Oberbürgermeister und seinem Stellvertreter.

Dabei gab natürlich unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit dem Geld in Deutschland. Für uns als kommunale Abgeordnete ist es nicht hinnehmbar, dass die Mehrheit der Bevölkerung die finanziellen Lasten zu tragen haben. Demgegenüber steht eine von den Regierungsparteien gemästete kleine Oberschicht, die vor immer mehr angehäuften Reichtum, nicht in den Schlaf kommt. Es muß endlich die Steuererechtigkeit in diesem Land hergestellt werden. Das genug Geld vorhanden ist zeigt ein jüngstes Beispiel. Da wird die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr massiv schlechtererredet und schwupps wird der Etat nicht unwesentlich aufgestockt.

In den Ausschussberatungen, in den Ortschaftsräten und natürlich in den Fraktionssitzungen bekannten sich die Fraktionsmitglieder zur Notwendigkeit eines beschlossenen Haushaltes. Nur dadurch lassen sich notwendige Investitionen in den unterschiedlichsten Bereichen schnellstens auf den Weg bringen.

Im Zusammenhang mit den Konsolidierungsmaßnahmen haben wir auch unterstrichen, dass nicht um jeden Preis die Zustimmung zu haben ist. Ich möchte dabei an die

vorausgegangene Debatte um die kräftigen Steuererhöhungen erinnern. Hier gab es nur eine knappe Mehrheit für die Erhöhung. Eine Reihe von vorgeschlagenen Einsparungen, wie bei Kindertagesstätten, wurden als untauglich abgelehnt.

Es ist Tatsache, wir als Stadträte können uns gemeinsam mit der Verwaltung drehen und wenden wir wir wollen, es ist nicht ausreichend Geld vorhanden, um alle anstehenden Aufgaben und dabei meinen wir die Pflichtaufgaben und noch mehr die sogenannten freiwilligen Aufgaben, zu erfüllen. Den Frust der Bürgerinnen und Bürger bekommen wir ab. Damit wollen wir uns auch nicht unter einer neuen Landesregierung abfinden.

Meine Fraktion fordert, dass die Koalitionsregierung endlich begreift, die Forderungen der Kommunalpolitiker nach einer ausreichenden Finanzausstattung sind lebensnotwendig für das Funktionieren vor Ort.

Diese Feststellung musste vor kurzem auch der Landkreis machen. Auf Veranlassung der Kommunalaufsicht, sprich Landesverwaltungsamt, sollte die Kreisumlage zu Gunsten des Landkreises kräftig angezogen werden. Dem widersprachen auch die Staßfurter Kreistagsmitglieder, die auch alle dem Stadtrat angehören.

Wie wir unter den Auswirkungen von Landesgesetzgebung zu leiden haben, zeigen ja die gewachsenen Ausgaben auf dem Gebiet der Kinderbetreuung. Da die Kommunen eben unzureichend finanziell ausgestattet

sind, wird vorgeschlagen, den Elternbeitrag zu erhöhen.

Kalkulationen in unserer Stadt, die auch noch verkehrt herangezogen wurden und hier und da schon verkündet waren, führten zu berechtigten Protesten und zur neuen Überlegungsrunde.

Die Mitglieder unserer Landtagsfraktion haben zur Dämpfung der Elternbeiträge vorgeschlagen, die Mittel des verfassungswidrigen Betreuungsgeldes, dabei handelt es sich um etwa 50 Mio Euro, zweckgebunden für die Kinderbetreuung an die Kommunen zu geben. Und das im wirklich vollem Umfang und nicht nur scheinbarweise. Diesen Vorschlag unterstützen wir natürlich.

Wenn auch in den letzten Tagen über kommendes Geld gesprochen wurde und gute Aussichten für für einen positiven Haushalt im Jahr 2016 bestehen, bleiben die finanziellen Sorgen in der Zukunft bestehen. Es ist richtig, mit den Steuergeldern vernünftig, also auch mit dem Streben nach höchster Effektivität, umzugehen. Dazu sind wir verpflichtet. Aber dieser Umgang muß uns auch durch gesicherte Einnahmen ermöglicht werden.

Ohne einen vorher verabredeten Fraktionszwang gab es bei den zwei Abstimmungen, Zustimmungen, Ablehnungen und Enthaltungen. Der Haushalt fand mehrheitlich die Zustimmung der Stadträte.

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat

Auch beim Abi muss es fair zugehen

Am letzten Wahlkreistag traf sich Birke Bull am 20. Juni mit Herrn Höpfner. Er hatte um den Termin gebeten, um mit der Bildungspolitikern über die Oberstufenverordnung zu sprechen. Diese regelt die Abiturbedingungen in Sachsen-Anhalt. Seit langem ist bekannt, dass in Sachsen-Anhalt besonders hohe Hürden für das Abitur bestehen. Die Initiative „Faires Abi“ hat schon in der letzten Legislatur darauf hingewiesen. Dabei geht es zum einen um eine besonders hohe Zahl an Leistungskursen (die in Sachsen-Anhalt Kurse mit erhöhtem Anforderungsprofil heißen). In vielen Bundesländern sind 2 Leistungskurse zu absolvieren, in Sachsen-Anhalt 6. Dies ergibt eine besonders hohe Belastung für Schülerinnen und Schüler während der letzten beiden Schuljahre. Die nächste Benachteiligung betrifft die sogenannten „Streichleistungen“. Das Abitur setzt sich aus allen Noten der vier letzten Halbjahre und den Prüfungsleistungen zusammen. In den meisten anderen Bundesländern können dabei Leistungen gestrichen werden. D.h., bis zu einem Viertel der Leistungen werden bei der Berechnung gar

nicht berücksichtigt. Natürlich streicht man die schlechtesten Leistungen, dadurch verbessert sich der Durchschnitt der Abiturnote erheblich. Dieser Durchschnitt ist aber für die meisten Studienfächer – nämlich für die, die einen Numerus clausus erfordern – von erheblicher Bedeutung. Da geht es um jedes Zehntel. Das heißt, Abiturientinnen und Abiturienten aus Sachsen-Anhalt sind beim Zugang zu begehrten Studienfächern erheblich benachteiligt. Und noch ein dritter Punkt benachteiligt die Landeskinder: die sogenannte Null-Punkte-Regelung. Um die ging es im Gespräch mit Herrn Höpfner. Sein Sohn hat 2013 in einer mündlichen Prüfung im Fach Religion 0 Punkte erhalten. Damit konnte er in Sachsen-Anhalt das Abitur nicht bestehen, obwohl er in allen anderen Fächern gute Noten und im Fach Religion auch gute Vornoten hatte. Eine Nachprüfung ist in der Oberstufenverordnung nicht vorgesehen. Das heißt: das einmalige Versagen in einer 20-minütigen Prüfungssituation entscheidet über das Attest zur Studierfähigkeit. Gegen diese Absurdität hat der Schüler mit seinen Eltern geklagt und Recht bekom-

men. Ein ähnliches Urteil gab es auch schon 2008, ohne dass etwas passiert ist. Deshalb ist jetzt die Politik gefragt. Im Herbst wird es im Landtag einen Bericht zur Oberstufenverordnung geben, danach muss im Parlament daran gearbeitet werden, das Abitur mit dem in anderen Bundesländern vergleichbarer zu machen. Erste Anzeichen, die Null-Punkte-Regelung kippen zu wollen, gibt es aus dem Bildungsministerium. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch die Streichleistungen in Höhe des Bundesdurchschnitts wiedereingeführt werden. Es geht nicht darum, ein möglichst „billiges“ Abitur einzuführen, es geht darum, dass es vergleichbar und gerecht zugeht. Die Oberstufenverordnung atmet den Hauch „Abitur für einen kleinen exklusiven Kreis“. Und sie wirkt. Sachsen-Anhalt hat mit Bayern die geringste Abiturquote aller Bundesländer. Unser Ansatz ist ein anderer, nämlich „Möglichst hohe Bildungsabschlüsse für Alle“. Das ist gut für den einzelnen Lebensplan, und das ist gut für die Gesellschaft.

Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin MdL
Birke Bull

Gespräche in Bernburg und Magdeburg

Auf dem Weg in seinen Wahlkreis Anhalt machte Jan Korte am 16. Juni erstmal in Magdeburg Halt, um sich mit der Landesvorsitzenden auszutauschen. Mit Birke Bull, mit der er schon viele Jahre in ihrem Bernburger Landtagswahlkreis gut zusammenarbeitet, kam er u.a. über die Situation des Landesverbandes nach der Landtagswahl ins Gespräch. Außerdem ging es natürlich um erste Überlegungen zur Bundestagswahl im nächsten Jahr.

Anschließend ging es nach Bernburg, wo u.a. ein Besuch im neuen Domizil vom ASB-Regionalverband Bernburg-Anhalt auf dem Programm stand. Geschäftsführer Bökkies Hochfeld empfing den Abgeordneten in dem imposanten Gebäude, das ursprünglich ein Kinderheim und das ehemalige Kurhotel der Saalestadt beherbergte. Nach einer dreijährigen aufwändigen Renovierung konnte die neue Einrichtung vor genau einem Jahr feierlich eröffnet werden. Auf drei Etagen sind jetzt u.a. vollstationäre Pflege, Tages-



Foto: privat, Zu Besuch beim ASB

pflege, Sozialstation und die Verwaltung vom Regionalverband untergebracht. Mit Geschäftsführer Hochfeld kam Jan Korte nach einem Rundgang u.a. über aktuelle Herausforderungen der Pflege, Probleme bei der Nachwuchsfindung und bei der gerech-

ten Entlohnung von Fachkräften ins Gespräch.

Als Mitglied im Innenausschuss des Bundestages informierte sich Jan Korte natürlich auch regelmäßig über die Arbeit der Polizei in seinem Wahlkreis. Deshalb ging es anschließend ins Polizeirevier Salzlandkreis, wo der Abgeordnete von Revierleiter Volker Stamer empfangen wurde. In dem ehemaligen Kasernengebäude im Herzen Bernburgs berichtete Stamer von seinen Erfahrungen, die er seit seinem Amtsantritt vor ca. einem Jahr gesammelt hat und von den Auswirkungen der letzten Polizeireform in Sachsen-Anhalt. Wie überall im Land ist auch im Salzlandkreis der Rückgang beim Personal das zentrale Problem. Als positiv schätzte er die Situation rund um die Flüchtlingsunterkünfte des Landkreises ein. Hier gab es in den letzten Monaten nur wenige Probleme.

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter
MdB Jan Korte

Wahlkampfdankeschön und Diskussion über weitere Arbeit

Am 13. Juni gab es in Bernburg eine Dankeschönveranstaltung für den Landtagswahlkampf. MdL Birke Bull hatte die MitstreiterInnen des Wahlkreises Bernburg, die vor allem im Februar und März, bei teilweise widrigen Bedingungen eine Vielzahl von Veranstaltungen unterstützten, Infostände besetzten und Material verteilten, zu einem großen kulinarischen Dankeschön eingeladen. Der Bernburger Ortsvorsitzende nutzte die Gelegenheit wiederum, um der Abgeordneten selbst für den mittlerweile 22 Jahre währenden Einsatz für die Region zu dan-

ken. Im Wahlkreisbüro wurde aber nicht nur gedankt und geschlemmt, sondern auch kritisch über Konsequenzen aus der Wahl diskutiert.

Es wurde u.a. viel Selbstkritik geübt: Kann die interne Kommunikation verbessert werden? Wie können mehr Mitglieder bei der Bewältigung der Aufgaben einbezogen werden? Wie bringen wir unsere Ideen besser in die Öffentlichkeit? Birke Bull berichtete in diesem Zusammenhang von ersten Maßnahmen der neuen Landtagsfraktion zur besseren Vermittlung der eigenen Arbeit. In

der LINKEN Zeitung wird man z.B. zukünftig deutlich mehr über Anträge und Initiativen der Fraktion erfahren. Der mittlerweile wöchentliche Newsletter des Landesverbandes ist eine weitere Maßnahme im Sinne der internen Kommunikation.

Einigkeit herrschte darüber, dass die Außenwirkung auf den unterschiedlichsten Ebenen verbessert werden muss: DIE LINKE muss sowohl auf der Straße, als auch in den Medien und in den sozialen Netzwerken wahrgenommen werden.

Jörg Lemmert

Aus der Bernburger Stadtratssitzung berichtet

An der Vielzahl der 22 Vorlagen im öffentlichen Teil (18) und im nichtöffentlichen Teil, einige Bemerkungen zu den Aktivitäten unserer Stadtratsmitglieder

Änderung der Richtlinie zur Benutzung stadteigener Sportstätten

Das Land Sachsen-Anhalt hat durch Gesetz festgelegt, dass Sportstätten in öffentlicher Trägerschaft zur sportlichen Betätigung grundsätzlich unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen, mit dem Hintertürchen, dass eine angemessene Beteiligung an den Betriebskosten erhoben werden kann.

Davon hat die Verwaltung der Stadt Bernburg Gebrauch gemacht und die kostendeckende Gesamtumlage und die Betriebskostenumlage ermittelt. Die kostendeckende Gesamtkostenumlage wurde mit 20,85 € für alle 7 Turnhallen im Bereich der Stadt Bernburg ermittelt. Auf die Sportvereine wird nun eine Gesamtkostenumlage von 20% fallen, d. h. für eine Nutzungsstunde sind 4,17 € zu entrichten

Das kostendeckende Nutzungsentgelt liegt bei den 7 Einrichtungen zwischen 6,39 € und 63,83 €. Der Vorschlag der Stadt war, dass der Durchschnittswert von 4,17 € für alle zutreffend sein sollte. Dieser Vorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt. Es wurde beschlossen, dass die 20%ige Betriebskostenumlage objektbezogen in Rechnung gestellt wird. Im Stadtrat stimmten 24 Stadträte dafür, 7 dagegen und 3 enthielten sich. Das Votum der LINKEN war nicht einheitlich.

Ein Zusatzantrag der CDU, eine Ermittlung der Kostendeckung nach einem Jahr vorzunehmen, wurde angenommen. Bedauerlich ist dabei, dass der inhaltlich

gleiche Vorschlag unserer Fraktionsvorsitzenden in der Fraktionssitzung am 20.06. mehrheitlich keine Zustimmung fand.

Neubau einer Toilettenanlage auf dem Karlsplatz

Stadtrat Eberhard Balzer berichtete von einem Gespräch mit der Toilettenfrau, die sichtlich erfreut war, dass jemand sich ihre Probleme einmal anhört. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein Toilettenbecken wegen fehlender Ersatzteile nicht repariert werden kann, dass ein Abflussrohr bei Regenfällen nicht funktionstüchtig ist, dass eine Leuchttafel ihren Zweck nicht erfüllen kann, dass vor dem Eingang zur Toilettenanlage das Wasser kaum versickert und dass die Betreuung für Behinderte nicht erfolgen kann, da der Zugang an der Rückseite ist. Diese Mängel sind seit Jahren bekannt und wurden trotz Hinweisen nicht abgestellt.

Zur Abstellung dieser Mängel bietet sich nun ein Neubau an. Es ist ein Neubau mit Verwendung historischer Schmuckelemente, wie Dachspitzen, Dachlaternen und vorgeblendetes Holzfachwerk vorgesehen. Die Kosten sollen sich auf 240.000€ belaufen. 2/3 dieser Summe sollen durch das Förderprogramm „Soziale Stadt“ gezahlt werden.

Über Abrisskosten und Möglichkeiten der Notdurftverrichtung während der Bauzeit wurde nichts gesagt. Auf meine Nachfrage beim Dezernenten Herrn Dietrich wurde geantwortet, dass die Geschäftsbesitzer, besonders Sanitätshaus Klinz, dafür infrage kommen. Der Baubeschluss wurde angenommen.

Erteilung von Straßennamen für das neue Wohngebiet „Süd-West“

Für das Wohngebiet Süd-West wurden von der Wohnungsgenossenschaft vor einiger Zeit die Straßennamen Eberhard-Frey-Straße, Max-Liebermann-Straße und Frida-Kahlo-Straße ausgesucht und an die Deutsche Post AG weitergeleitet. Im Nachtrag folgte der Stadtrat diesem Beschluss. Stadtrat Eberhard Balzer hat sich der Stimme enthalten, weil es sich um eine überflüssige Vorlage handelt.

Zum Punkt Mitteilungen, Anregungen und Bekanntmachungen zu Anfragen

Stadtrat Gunther Seyffert fragte an, ob für die Jugendfeuerwehr Bernburg die Möglichkeit besteht, kostenlos das Freibad zu nutzen wie es in Nienburg und Alsleben bereits praktiziert wird. Der Oberbürgermeister war diesem Vorschlag nicht abgeneigt, eine verbindliche Zusage konnte ich aber nicht feststellen.

Dezernent Dietrich versprach, auf Anfrage von Stadtrat Eberhard Balzer, nach den Sommerferien mit dem Bau- und Sanierungsausschuss über die Gestaltung des Lohelandhauses zu beraten und eine mittelfristige Lösung zu finden. Die existierende Lohelandstiftung ist äußerst interessiert, dass im Zusammenhang mit dem Bauhausjubiläum 2019 das denkmalgeschützte Lohelandhaus einbezogen wird. Von den 8 anwesenden Stadträten meldeten sich 3 Stadträte zu Wort

Eberhard Balzer, stellvertretender Vorsitzender der Stadtratsfraktion

Politstammtisch wertet Parteitag aus

„Thema des traditionellen LINKEN Politstammtisches in Staßfurt war im Juni die Auswertung des Magdeburger Bundesparteitages. Dazu hatten wir unseren Kreisvorsitzenden Lothar Boese zu Gast, der als Delegierter selbst teilgenommen hatte und so aus erster Hand berichten konnte. So erfuhren wir, dass alle Reden (Kipping, Riexinger, Bartsch und Wagenknecht) mit sehr viel

Beifall bedacht wurden und die Aktion der sogenannten antifaschistischen Initiative „Torten für Menschenfeinde“ genau das Gegenteil erreichte.

Natürlich hat auch DIE LINKE kürzlich bei der Landtagswahl eine bittere Niederlage erlitten,

doch gilt es jetzt, nicht klein beizugeben, es muss uns vielmehr gelingen, wie es Sahra Wagenknecht kämpferisch zum Ausdruck brachte, unsere Politik besser an die Basis zu bringen.

Auch nach Ansicht unserer Stammtisch-Gäste sind die Reden oft noch zu „akade-

misch“ und die Texte auf den Info-Materialien zu lang und unverständlich.

Im Mittelpunkt des Parteitages standen die drei Leitansätze:

1. Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!

2. Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!

3. Für Frieden und eine gerechte Weltordnung - Linke Alternativen zum „Krieg gegen den Terror“ und zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik!

Ebenfalls musste der Parteivorstand neu gewählt werden. Dabei kam es zu keinen besonderen Überraschungen, da es auch keine Gegenkandidaten gab.

Wenn ein Bundesparteitag gleichzeitig auch noch Vorstandswahlen beinhaltet, ist durch die Fülle der zu behandelnden Themen die Zeit für Diskussionen, Resolutionen usw. recht knapp.

Dies allerdings öffentlich im Phoenix-Interview als unsolidarisch zu kritisieren, wie es die Mitglieder der Linksjugend S.

Al-Mousawi und Pia Schillinger taten, halte ich für unsolidarisch und unklug, da ja die Medien auf solche Äußerungen nur warten.

In der Stammtisch-Diskussion wurde auch an Matthias Höhn Kritik geäußert, der sich als Wahlkampfleiter für die BT-Wahl gleichzeitig in den Landtag von Sachsen-Anhalt wählen ließ.

Hier liegt es nahe, dass er nur eine dieser beiden Aufgaben richtig wahrnehmen kann und ihm die Zeit für seine Wähler fehlt.

Fazit des Tages war aber, dass wir nun nach kritischer Auseinandersetzung optimistisch an die neuen Aufgaben herangehen müssen, stehen doch bald schon wieder BT-Wahl, LT-Wahl in MV und Kommunalwahlen in Niedersachsen an.

*Siegfried Mahlfeld,
Ortsverband Staßfurt*

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Juli und August
recht herzlich**

Zum 97. Geburtstag
Ruth Heß

Zum 95. Geburtstag
Willi Reinsdorf

Zum 94. Geburtstag
Anne-Christine Böhm
Helmut Sperling

Zum 92. Geburtstag
Hilde-Margarete Beyer

Zum 91. Geburtstag
Marianne Brüning

Zum 89. Geburtstag
Rudi Kausmann
Horst Thüns

Zum 88. Geburtstag
Magdalena Sacher

Zum 87. Geburtstag
Erwin Kuhnert

Zum 86. Geburtstag
Heinz Koch

Zum 85. Geburtstag
Lisa Gunkel

Zum 84. Geburtstag
Herbert Eisfeld

Zum 80. Geburtstag
Brigitte Köpplin
Friedel Müller

Zum 65. Geburtstag
Wolfgang Schalk

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Juli und August Geburtstag haben**



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
24.08.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro
in Staßfurt.

„Kaffee mit Links“

Am 13.07.2016 ab 16 Uhr gibt es die
nächste Gelegenheit im Bernburger
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins
Gespräch zu kommen.

**BürgerInnenprechstunde im
Büro Aschersleben**

Das LINKE Büro in Aschersleben
(Oststraße 5) ist immer am 1. und 3.
Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr
besetzt. Telefonischer Kontakt unter
0151/55039771.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im
Kreistag Salzlandkreis**

Am 22.08.2016 ab 18:00 Uhr in der
AWO-Begegnungsstätte Schönebeck
(Otto-Kohle-Straße 23). Von 16:00 Uhr
bis 17:00 Uhr gibt es dort eine öffentli-
che Bürgersprechstunde.

Nachruf

In stillem Gedenken
Anneliese Freist



OV Schönebeck
Kreisvorstand

**Neue Sprechzeiten im Staßfurter
Fraktionsbüro**

Mo 9:00 Uhr - 16:00 Uhr
Di 9:00 Uhr - 14:00 Uhr
Mi 9:00 Uhr - 14:00 Uhr
Do 10:00 Uhr - 12:00 Uhr
und 13:00 Uhr - 18:00 Uhr

Jetzt erst recht! DIE LINKE.

Gemeinsam gegen Rassismus und rechte Hetze.
mitglied-werden.die-linke.de

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst
ausgewogen aus allen Regionen des
Salzlandkreises berichten und sucht
deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-
Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeits-
wirksame Aktion, Berichte von Man-
datsträgerInnen und Abgeordneten.
Wir freuen uns über Beiträge aus allen
Bereichen. InteressentInnen nutzen
bitte die Kontaktdaten der Redaktion.

**DIE LINKE Aschersleben auf dem
Holzmarkt**

DIE LINKE Aschersleben ist immer am
2. Donnerstag im Monat ab 10 Uhr am
Infostand ansprechbar.

MdB Jan Korte auf Sommertour

Am 11.07.2016 in Bernburg und
Staßfurt.

**Stopp CETA & TTIP! Bundesweiter
Demo-Tag am 17.09.2016**

Mehr Infos auf www.ttip-demo.de

Sitzung des Ortsvorstandes Staßfurt

Der Ortsvorstand tagt wieder am
28.07.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro
in Staßfurt.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die
Veröffentlichung nicht garantiert werden.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist
der 29. August 2016.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe
war der 27. Juni 2016.